

Erscheint wöchentlich 2 mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buchhand-  
lungen des In- und Aus-  
landes an.  
Für Leipzig nehmen  
Bestellungen an:  
die Expedition, Hohe Str. 4.  
H. Bebel, Petersstr. 18,  
F. Thiele, Emilienstr. 2.

# Der Volksstaat

Abonnementpreis:

für Preußen incl. Stempel-  
steuer 17 Sgr., für die übrigen  
deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.  
per Quartal, per Monat 4 1/2  
Sgr., für Leipzig und Um-  
gegend per Quartal 13 Sgr.  
Zusatzexpedition für die Ver-  
einigten Staaten:  
F. A. Sorge, Box 101  
Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

## Parteigenossen!

Mit dem 1. Juli hat ein neues Abonnement auf unser Parteiorgan begonnen. Ihr werdet auch diese Gelegenheit nicht unbenutzt vorübergehen lassen, für neue Ausbreitung des Organs, so viel Ihr vermögt, zu wirken. Das vorige Quartal schloß mit circa 5400 Abonnenten, also mit 600 mehr, als es begonnen. Seht, daß ein ähnliches Resultat die Frucht Eurer Anstrengung auch in diesem Quartal werde. Ist Jeder auf dem Plage und thut Jeder seine Pflicht, dann ist der Erfolg gewiß.

### Au meine Wähler im 17. sächsischen Wahlkreis.

Freunde und Gesinnungsgenossen!  
Das Königl. Bezirksgericht zu Leipzig hat die Gewogenheit gehabt, mir wegen „Majestätsbeleidigung“ neben einer neunmonatlichen Gefängnisstrafe auch „den Verlust der belidenden öffentlichen Aemter, sowie der aus Wahlen hervorgegangenen Rechte“ zuzuerkennen.

Durch dieses Erkenntnis bin ich des mir von Euch verliehenen Mandats verlustig geworden.

Freunde und Gesinnungsgenossen! Der Schlag soll nicht nur mich, er soll auch Euch, deren Vertreter ich bisher war, er soll die Partei treffen, der wir angehören. Zeigen wir, daß der geführte Schlag ein Schlag ins Wasser war. Ihr seid vor die Alternative einer Neuwahl gestellt. Ich biete Euch für dieselbe aufs Neue als Candidaten an. Habe ich nach Eurer Meinung das in mich gesetzte Vertrauen gerechtfertigt, dann wählt mich.

Seid versichert, die erhaltenen „Strafen“ machen mich nicht müde. Festung und Gefängnis sind nicht die Mittel, mir bessere Begriffe über unsere faulen Zustände beizubringen. Die Gesellschaft, die zu solchen Mitteln der „Belehrung“ greifen muß, verdient, daß sie aufhört, zu existieren.

Führen wir also den Krieg fort mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft und mit aller Fähigkeit; gebt mir durch die Neuwahl das Mittel an die Hand, daß ich auch für die nächsten Jahre mich an diesem Kampfe beteiligen kann. Der Tag kommt, wo auch unsere Stunde schlägt!

Lebt wohl! Auf Wiedersehen zu neuem Kampf und Sieg!

Mit social-demokratischem Gruß

Leipzig, den 8. Juli, am Tage meines Haftantritts.

H. Bebel.

### Der Staat und die Eisenbahnfrage.

Es ist bekanntlich eine der sozialistischen Hauptforderungen, daß alle Verkehrsmittel — wie heute bereits die Post — in den Händen des Staats konzentriert werden, weil nur hierdurch die Ausbeutung des Publikums durch Einzelne verhindert und nur durch die Gesamtmittel der Verkehrs-Betrieb in möglichster Vollkommenheit besorgt werden kann.

Auf dem Anfang Mai in Leipzig versammelten deutschen Handelstage — bestehend aus den Delegierten der deutschen Handelskammern — wurde nun unter Anderem auch die Eisenbahnfrage diskutiert. In einer vom Ausschuss jener Corporation vorgeschlagenen Resolution über diesen Punkt heißt es unter 3):

„Abgesehen davon, ob eine Vergleichung der Staatsbahnen mit demjenigen der Privatbahnen zu Gunsten der ersteren ausfallen würde, ist eine Abhilfe der bestehenden Uebelstände von einem Uebergange des gesammten Eisenbahnbetriebs in die Hände des Staats nicht zu erhoffen.“

Beim Lesen dieser Resolution ist man leicht versucht, zu glauben, daß nur die Angst, in den Verdacht des Sozialismus zu gelangen, die Koryphäen des deutschen Handels verleitet hat, gegen ihre, durch die alltägliche Erfahrung gewonnene bessere Ueberzeugung, „Abgesehen davon, ob“ statt: „Abgesehen davon, daß“ zu setzen. Man wird in dieser Vermuthung bestärkt, wenn man den vom Delegierten Witte-Kostoff gestellten Gegenantrag liest, der also lautet:

„Der deutsche Handelstag muß mit aufrichtigem Bedauern erklären, daß die seit einer Reihe von Jahren aus der Mitte des Handels und Gewerbestandes und durch dessen Organe unablässig erhobenen Beschwerden in Betreff des Verkehrs auf den deutschen Eisenbahnen bisher eine genügende Abhilfe nicht erzielt, noch in Aussicht gestellt haben, daß vielmehr die beklagten Uebelstände je länger desto empfindlicher werden.“

„Vom Handelstage wird anerkannt, daß im Großen und Ganzen die Schuld der hauptsächlichsten Mißverhältnisse in dem Mangel einer zweckentsprechenden, umfassenden und einheitlichen Organisation des deutschen Eisenbahnwesens zu suchen ist. Es besteht in Deutschland neben- und durcheinander Reichs-Eisenbahnen, Staats-Eisenbahnen, Privat-Eisenbahnen unter Staatsverwaltung, selbständige und verpachtete Eisenbahnen mit etwa fünfzig verschiedenen Verwaltungen und einer Anzahl verschiedener Verbände. Diese Vielspaltigkeit ist eben die eigentliche Ursache der immer untractabler hervortretenden Mißstände unseres Eisenbahnwesens.“

„Ferner steht die Eigenschaft der Eisenbahnen als monopolistischer\*) Erwerbsunternehmungen im Widerspruch mit ihrer Aufgabe, dem allgemeinen Verkehr zu dienen und führt in Wirklichkeit dahin, daß die Bahnverwaltung, statt zu Dienern und Mitinteressenten,

zu absoluten Tyrannen des Verkehrs und des Publikums werden.“

„Der Handelstag betrachtet es auf Grund der bisherigen Erfahrungen, sowie der Natur der Sache nach als eine vergebliche Hoffnung, von der freiwilligen Wirksamkeit des „Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen“ und von gelegentlicher Reklamation in einzelnen konkreten Fällen beim Reichskanzler-Amt eine befriedigende und nachhaltige Erledigung der vorhandenen Mißverhältnisse zu erwarten.“

„Ebenso erachtet es der Handelstag in Folge der bisherigen Erfahrungen als erwiesen, daß die Konkurrenz der Eisenbahnen das Publikum vor monopolistischer Ausbeutung nicht schützt, und daß überdies die Eisenbahn-Konkurrenz ihr sehr naheliegendes Ziel in der Koalition der Monopol-Interessenten findet.“

„Das System großer Privat-Komplexe ohne Konkurrenz (wie in Frankreich) glaubt der Handelstag um so mehr verworfen zu müssen, als die französischen Erfahrungen keineswegs für dasselbe sprechen, und selbst die Staatsaufsicht solchen Eisenbahn-Komplexen gegenüber keine genügende Garantie bietet für die Wahrung der Interessen des Publikums. Schon jetzt zeigt sich, namentlich in Preußen, die Staatsaufsicht nicht im Stande, einen befriedigenden Zustand des Privatbahnbetriebs herbeizuführen, und bestehende gesetzliche Bestimmungen erweisen sich als völlig unmaß zum Schutze der Transportgeber, da sie ihren Zweck in Folge des bestehenden Systems zu erfüllen außer Stande sind.“

„Eine möglichst vollständige und durchgreifende Reform der von Monat zu Monat komplizierter werdenden Verkehrsverhältnisse auf den deutschen Eisenbahnen kann nur dann erwartet werden, wenn sämtliche Eisenbahnen Deutschlands als ein einheitliches Reg. verwaltet werden, und wenn diese Verwaltung an und für sich, wie bei der Post, jene Garantie bietet, welche kein geschriebenes Gesetz von den Privatbahnen zu erreichen jemals im Stande sein wird.“

„Eine solche Garantie kann nur der Staat bieten, und deshalb ist der Uebergang des gesammten Eisenbahnwesens an den Staat notwendig.“ — Dies der Antrag Witte's.

„Der Antragsteller bemerkt unter andern — so berichtet das „Leipziger Tageblatt“ — in seinem Antrage sei ausgedrückt, daß von der Konkurrenz die Herstellung befriedigender Zustände auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens nicht zu erwarten sei. Die Gesetzgebung der Gegenwart habe zu Genüge bewiesen, daß die Befreiung von allen Fesseln ihre sehr bedenklichen Seiten hat. Die Erfahrungen, welche in Amerika, England, Frankreich mit dem System der freien Konkurrenz auf dem Gebiete der Eisenbahnen gemacht worden seien, könnten uns nur davon abrathen. Wer im Besitz einer Eisenbahn ist, befindet sich im Besitz eines Monopols.“ —

Die Majorität des Handelstags war aber in ihrer Angst vor dem Sozialismus, oder richtiger in ihrem Fanatismus für das kapitalistische Ausbeutungssystem taub gegen alle Vernunftgründe. Wir lesen weiter in dem Bericht:

„Nachdem Generalsekretär Meyer-Berlin den Antrag des Ausschusses verteidigt hat, entwickelt Witte-Kostoff nochmals seine Ansichten über Staats- und Privat-Eisenbahnen, findet in demselben (Graß-Breslau) und Hammacher-Essen entschiedene Gegner. Der Letztere schildert insbesondere mit beredten Worten die Gefahren, welche der Volksvertretung daraus erwachsen, daß sie mit Wünschen und Petitionen wegen Erbauung von Eisenbahnen auf Staatskosten bestürzt wird. Es sei das ein der Mittel, die parlamentarischen Körper zu korrumpieren. (Im Gegentheil: Corruptirt werden die parlamentarischen Körper durch die Petitionen um Konzessionierung von Privatbahnen, durch welche für die Herren Abgeordneten die Aussicht auf Verwaltung- und Aufsichtsrathsstellen mit 6—12000 Thlr. Gehalt erblüht. Red. d. B.) Der Redner kann sich jedoch nicht von der Möglichkeit überzeugen, wenn der Handelstag einen negativen Beschluß faßt, und stellt deshalb den Antrag, daß man über den Ausschussantrag zur Tagesordnung übergehe.“

„Nachdem Stephan-Königsberg gegen diesen Antrag gesprochen, vornehmlich aus dem Grunde, weil es nötig sei, gegenüber den Forderungen der Landwirthe und Sozial-Demokraten Stellung zu nehmen, und Seiffarth-Braunschweig den Antrag befürwortet hat, wird der Uebergang zur Tagesordnung mit 41 gegen 39 Stimmen beschloffen.“

Also „Uebergang zur Tagesordnung!“ Das Warum? sagt uns

\*) Dieser Herr Graß, ein in Leipzig satzsaft bekanntes Herrchen, das seinem eignen Geständnis nach von Rationalökonomie nichts versteht, und wider seine Ueberzeugung Lohnschreiber der „Manchester-Schule“ geworden ist, hat anlässlich des Leipziger Hochverrathsprozesses eine Denunziations-Broschüre gegen die sogenannten „Katheder-Sozialisten“, d. h. diejenigen deutschen Professoren der Volkswirtschaft, welche hinter den Manchester-Schwindel gekommen sind, losgelassen. Darin zeigt er, daß der Sozialismus ihm nicht minder eine terra incognita (unbekanntes Gebiet) ist, wie die gewöhnliche Rationalökonomie; er wendet z. B., der Hauptvertreter des kleinbürgerlichen Sozialismus und als solcher fanatischer Anhänger des Privateigentums, wird von Herrn Graß für einen Communisten gehalten. Die Ignoranz dieser „freihändlerischen Gelehrten“ in Bezug auf Personen und Dinge erblickt weiter daraus, daß in dem Graß'schen Pamphlet die „Vereinigten Staaten von Europa“, das Organ der kleinbürgerlichen Friedens- und Freiheitstheorie, als das „bekannte Genfer Organ der Internationalen“ bezeichnet wird.

nachstehender Artikel der Berliner „Volkszeitung“, die auf sozialem Gebiet ebenso außer Rand und Band gekommen ist, wie auf politischem (S. „Volkszeitung“ Nr. 113):

„Trotz aller Entwicklung unserer Tagespresse und des regen Verkehrs der mannigfachen Vereine kann es uns doch noch passieren, daß die wichtigsten Fragen geradezu über den Kopf des Publikums hinweg hinter Schloß und Riegel beraten und entschieden werden, ohne daß die Gesamtheit, deren Interessen auf das Innigste davon betroffen werden, irgend eine Gelegenheit erhält, ihr Wort in die Waagschale zu werfen, zu sich überhaupt nur klar zu werden, um was es sich eigentlich handelt. Und doch schwebt eine Verhandlung in der Luft, eine Verhandlung im technischen Sinne der Börse, wobei um nichts gehandelt wird, als um den größten Theil unserer Eisenbahnen. Das Vorbild Frankreichs, wo unter der Protektion des Kaisers die sechszehn Bahnen, welche in den fünfziger Jahren noch selbständig neben einander bestanden, zu wesentlich sechs großen Verwaltungen fusioniert sind, erweckt den Nachahmungstrieb unserer Banultratie, die eine gleiche Vereinigung der verschiedenen selbständigen Bahnen in größere Gruppen erstrebt. Und hier, wo das großartigste Bauinteresse auf dem Spiele steht, die wichtigsten Fragen auszutauschen, ob wir bei dem System der Privatbahnen noch ferner verbleiben können, hier herrscht überall das tiefste Still-schweigen; die Privatgesellschaften, denen die Fusionspolitik das ganze Eisenbahnwesen auf Gnade und Ungnade überliefert, haben ihre Vorposten bis in die höchsten sogenannten maßgebenden Kreise vorgeschoben, und sinden ihre Vertreter in den Bureaux des Handelsministeriums.“

Kurz, es wird ein Staatsreich des finanziellen Raubritterthums unter hoher obrigkeitlicher Mitwirkung vorbereitet, und der Handelstag, dessen Mitglieder zum Theil selbst bei dem sauberen Unternehmen interessiert sind, darf den das Spiel doch nicht verderben.

In dem erwähnten Artikel der „Volkszeitung“ wird auf eine Schrift Perrot's: „Deutsche Eisenbahnpolitik“ aufmerksam gemacht, die uns noch nicht vorliegt, in den Blättern veröffentlichten Auszügen nach aber sehr schätzbare Material enthält und die ernsteste Beachtung verdient; und zwar äußert sich die „Volkszeitung“ wie folgt:

„Besonders die vorliegende Schrift ist eine echte geharnischte Streitschrift, welche mit Unerschrockenheit und in oft drastischer Weise die faulen Zustände unserer Eisenbahnen beleuchtet. Es ist den jahrelangen Bemühungen der Vertreter einer einseitigen volkswirtschaftlichen Richtung gelungen, eine Lehre zur Herrschaft zu bringen, welche in wirtschaftlichen Dingen eine absolute Freiheit proklamirt und unter der Devise „freie Konkurrenz“ ein jedes Eingreifen des Staats vom moralischen oder sozialen Gesichtspunkte aus in das schrankenlose Ringen der wirtschaftlichen Kräfte mit einem wahren Fanatismus verdammt. Dieser Mißbrauch mit dem Stichwort der „freien Konkurrenz“ ist auch Jahre lang in dem Eisenbahnwesen getrieben worden, während es sich doch, wenn irgend wo, so gerade hier, auf das Klarste herausstellt, daß von freier Konkurrenz überhaupt nicht die Rede sein kann, sondern durch die natürliche Beschaffenheit dieses Verkehrsmittels eine freie Konkurrenz von vorn herein ausgeschlossen ist oder doch bald beseitigt werden kann. Wir haben es ja erlebt, welche Zeit es dauert, bis eine Konkurrenzbahn zu Stande kommt und wie lange die einmal bestehenden Gesellschaften im Alleinbesitz des Betriebes sind. Es liegt hier eben ein faktisches Monopol vor, das durch die eigentümliche Lage der Verhältnisse geschaffen wird, und es ist geradezu Gedankenlosigkeit, wenn man keinen andern Ausdruck wählen will, wenn ein Abgeordneter wie Braun (Wiesbaden) die Privat-Bahnen mit den Worten verteidigt: „Wobei sähet das Publikum am Schlimmsten?“ — Bei dem Monopol. Ein jeder Monopolist bedient schlecht. Und wobei sähet es am Besten? — Bei der Konkurrenz! Bei dieser Lage der Sache muß man Perrot vollkommen Recht geben, wenn er in der angeführten Schrift die Eisenbahnfrage dahin formulirt: ob das faktische Monopol in der Hand des Staates oder in der Hand von Aktiengesellschaften ruhen soll, und man muß Perrot auch weiter darin zustimmen, daß dem Staatsbetrieb der Vorzug zu geben ist. Die Eisenbahnen befriedigen ein Kulturbedürfnis, für welches der Staat zu sorgen hat, und das er nicht einmal zu einer Finanzquelle für sich gestalten, geschweige denn Privat-zwecken zur Ausbeutung überlassen darf. Das Eisenbahnmonopol in Privatehänden ist eine indirekte Steuer, welche in der Vertheuerung aller Lebensbedürfnisse auf der Gesamtheit lastet. So wie aber der Staat die Eisenbahnen in die Hand nimmt, richtet er bei der Verwaltung derselben sein Augenmerk auf die größtmögliche Befriedigung des Verkehrsinteresses, durch welche eine großartige Förderung des Rationalwohlstandes zu erreichen ist, während der Privatgesellschaft keine andere Fürsorge obliegt, als eine möglichst hohe Dividende für die Aktionäre zu beschaffen. Die größte Gefahr tritt aber ein, wenn die einzelnen Privatbahnen in den Besitz einer einzigen Gruppe von Aktien-Gesellschaften übergehen; einer jeden Reform der Tarife, einer jeden lediglich das Interesse der Gesamtheit bewachenden Gestaltung der Eisenbahnen ist damit für eine unabsehbare Zeit ein Riegel vorgeschoben. Perrot erklärt sich deshalb energisch gegen alle Fusionsbestrebungen und befürwortet eine Eisenbahnpolitik, welche die Uebernahme der Bahnen durch den Staat als Ziel aufstellt, eine Politik, die auch in den officiellen Kundgebungen unseres Handelsministers als die allein richtige anerkannt wird, in den Handlungen desselben aber das gerade Gegentheil von Befolgung findet.“

Herr Schulze („Delitzsch“) muß vom Stuhl gefallen sein, als er diesen Artikel seiner „Volkszeitung“ las! Ein größerer Hochverrath an der „Selbsthilfe“ ist wohl nie bezangen worden, und wir müssen befürchten, daß das „Organ für Jedermann aus dem Volke“ nächstens unter die Sozialisten geht — was der Himmel und Dunder verhüten mögen!

(Seit Obiges geschrieben, erfahren wir, daß auch in England, dem Paradiese des Kapitalismus, eine regelmäßige Agitation für Uebernahme der Eisenbahnen durch den Staat begonnen hat. Der Telegraph ist dort bereits, nach Expropriation der beir. Privatgesellschaften, zur Staatsanstalt, gleich der Post gemacht. Wir werden bei Besprechung der Perrot'schen Brochüre auf den Gegenstand zurückkommen.)

### Die Berliner Konferenz gegen uns.

Das Geheimnis ist jetzt verrathen, die Lage aus dem Sacke. In der Festkunst giebt es gewisse komplizierte Dicks, die aus einem Scheintrieb und dem wirklichen Dief be-

\*) monopolistisch: was nur Einem, als ausschließliches Eigentum, zu ausschließlicher Ausbeutung gehört.

sehen: der Scheinhieb wird bloß geführt, um über den eigentlichen Zielpunkt zu täuschen und dem dann folgenden ersten Hieb den gemünzten Erfolg zu sichern. Der bekannteste Hieb dieser Art heißt in der Studentensprache „Hallenfer“, weil er in Halle erfunden sein soll; er ist aber auch in Göttingen sehr beliebt, wo unser „genialer“ Reichskanzler studirt oder nicht studirt hat, und mit einem solchen „Hallenfer“ einst über zugerichtet wurde. Nun, der Hr. Reichskanzler will offenbar zeigen, daß er seit seinen Studentenjahren etwas gelernt hat, auch in puncto des „Hallenfers“. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn, vierzehn, fünfzehn, sechzehn, siebzehn, achtzehn, neunzehn, zwanzig, einundzwanzig, zweiundzwanzig, dreiundzwanzig, vierundzwanzig, fünfundzwanzig, sechsundzwanzig, siebenundzwanzig, achtundzwanzig, neunundzwanzig, und dann mit aller Kraft nach links! Nach rechts gegen die Jesuiten, das war der Scheinhieb; der wirkliche Hieb geht links und gilt der Sozialdemokratie. Zum Glück ist jedoch dieser Hallenser schlechter gelungen, als jener, der weiland dem zukünftigen Hrn. Staatskanzler in Göttingen das Gesicht zeichnete; und die Sozialdemokratie wird die Blöße, welche der Gegner sich gegeben, zu benutzen wissen. Doch wir sprechen da von einem mißlungenen Hieb, und der Schlag ist ja noch gar nicht gefallen! Thut nichts. Wir haben die Finte durchschaut, und sehen des Gegners Fechtart und Waffe — das genügt. So lange die offizielle Presse pomp-hafte Allgemeintheiten über die Berliner Antisozialisten-Conferenz schrieb, konnte man denken, es handle sich um irgend einen großen Plan zur Fälschung und Ausbeutung der Arbeiterbewegung, und es unterliegt keinem Zweifel, daß Ähnliches im Wind war; man braucht bloß die ultra-reaktionäre Berliner Revue („Wacht an der Mosel“) zu lesen, die mit wahren Berserkereifer nach dieser Seite hin „drängelte“. Allein das waren nur ideale Anläufe, die mit einem kläglichen Sturz auf den platten, abgetretenen Boden des Polizeistaats geendigt haben. Die „tiefen Studien“ der Arbeiterfrage, welche in Aussicht gestellt waren, reduzierten sich auf Hausfuchungen und Brieferechungen, die „gründlichen Maßregeln zur Abhilfe“ auf weitere (wenn möglich) Beschränkung des Vereinsrechts, Einschränkung, Ausweisung und — Verbannung der „Führer“; die „internationale Konferenz, welche die Mittel zur Beseitigung der sozialen Mißstände beraten sollte“, ist zu einer Konferenz deutscher Polizeiagenten zusammengeschrumpft, mit der nicht einmal Hr. Thiers etwas zu thun haben will — kurz die Bismarck'sche Lösung der sozialen Frage heißt Stieber, wie die Bismarck'sche Lösung der Deutschen Frage Kautzke hieß, „Fälscher Kautzke“. Die Jesuiten mußten bloß zur Schaffung eines Präcedenz-falles dienen. Sofort, ohne alle und jede Einleitung, die Hay auf die Sozialdemokratie beginnen, das hätte zu sehr an die Demagogenhay nach dem vorletzten „heiligen Krieg“ erinnert. Jetzt aber löst sich die Sache vortrefflich arrangieren mit Methode und Consequenz, wie das dem „Denkervolk“ ziemt. Was der schwarzen Internationalen recht, ist der rothen Internationalen billig — wer A gesagt, muß auch B sagen, und kein nationaler Hahn wird darnach krähen, wenn die Bestimmungen, welche man gegen die Jesuiten erlassen hat aber nicht vollstreckt, auf die Sozialdemokraten ausgedehnt und gegen sie auch vollstreckt werden. Nur zu! „Wir kennen das Lied, wir kennen den Text, wir kennen die Herren Verfasser“, vor allem unseren langjährigen Freund Stieber, der in seiner blühenden Jugend uns nicht weghetzen hat und uns heute nicht weh thun wird, da er alt, stumpf und fett geworden ist. Schickt ihn auf ein paar Wochen nach Hubertusburg, dort kann er bei unseren „Zuhastirten“ einige Lektionen nehmen und lernen, sich wenigstens — mit Anstand zu blamieren. — Apropos! Denken, die es dem „Volkstaat“ übel genommen, daß er sich für die Raubalgerei zwischen Bismarck und Windthorst nicht zu erwärmen vermocht, wird mittlerweile wohl ein Licht aufgegangen sein. Hat doch selbst der furchtsame pedantische Friedrich Wilhelm III. mehr Energie in dem „Kampf gegen den Klerus“ bewiesen, als der donnerpolternde Held Bismarck, der seinen Bischof noch einzustechen hat. Uebrigens wollen wir uns bei dieser Gelegenheit auf das Zeugniß Marat's, des schärfsten Kopfs der Französischen Revolution berufen, der schon 1790 dem damals unendlich wichtigeren Kampf gegen den Klerus nur untergeordnete Bedeutung beilegte und ihn kaum der Erwähnung werth fand. —

„Vor drei und zwanzig Jahren, am Peter- und Paulstag (29. Juni) des Jahres 1849, da ging es heiß her vor Kastan und auf der ganzen Murglinie. Die Deutschland! Die Hohenzollern! war die Losung haben und drüben, und die Deutschland! schien den Tag gewinnen zu wollen. Obgleich wir bloß zusammen kaum 24,000 Mann zählten und die Hohenzollern'schen, befehligt vom jetzigen „Deutschen Kaiser“, damals anders benannt, an die 50,000, so waren wir doch im Kampf entschieden im Vorteil. Der jetzige Kaiser befand sich am Abend ein gut Stückchen weiter von Kastan, als am Morgen, und sein hoffnungsvoller Neffe, jetzt Prinz Friedrich Karl und, ich glaube gar, Feldmarschall durch Gottes gnädige Fügung, wurde von Einem der Unfrigen in jenen Körpertheil geschossen, der, als besonderer Sig adeliger Ehre, im Mittelalter das Wappen zu tragen pflegte, und hätte, da ihm sein Pferd gestürzt, die notwendig gewordenen Flucht nicht rasch genug bewerkstelligen können, wenn nicht ein Husar dem erlauchten Prinzen rasch auf ein reiterloses Pferd geholfen und vor den anbringenden Dreißigkärtern gerettet hätte. Nun — er entkam und Andere entkamen. Der Sieg auf dem Schlachtfelde nützte uns aber nichts, weil der Feind (die Hohenzollern'schen mit der „Reichsarmee“) ihre numerische Uebermacht dazu benutzten, uns durch Umgehung auf württembergischem Gebiet (das eine blödsinnige Fiktion unserer „revolutionären“ Regierung als unverletzlich betrachtete, weil die württembergischen Herren „Demokraten“ es von der Revolution frei gehalten hatten) in den Rücken zu kommen und dadurch jeden weiteren ernsthaften Widerstand unmöglich zu machen. Aber den Sieg vom 29. Juni 1849 kann man uns nicht nehmen, die Hohenzollern'schen haben an jenem Tage Versengeld geben müssen und das junge Geschlecht möge des Tags gedenken!“ Also schreibt uns „Einer, der dabei gewesen.“

Die Zahl der ausgeschlossenen Bauarbeiter in London vermindert sich täglich, weil jeden Morgen eine Anzahl der kleinen Meister ihre Werkstätten und Bauhöfe öffnet — zum Theil unter Annahme der 9 Stunden und 9 Pence.

Die großen Meister halten dagegen fest, was indes, aller Voraussicht, nach den Sieg der Arbeiter nicht verhindern wird. —

Für die „gebildeten Stände.“ Der „Kladderadatsch“, welcher im Bund mit der Berliner „Volkzeitung“ und der Leipziger „Gartenlaube“ das große Corruptionstriumvirat im Reiche der deutschen Presse bildet, enthielt vor einiger Zeit (im Nr. 20 vom 5. Mai, Beilage — vermutlich auch in späteren Nummern, die wir jedoch nicht gelesen haben) nachfolgende Annonce:

„Liebenden:  
Verlobten und Neuvermählten gebildeter Stände  
efficire unter strengster Discretion ein originelles, reizendes, pikant-komisches  
„Flüsterwochen-Amusement“  
Preis 1 Thlr. 20 Sgr.  
S. S. S. S. poste restante  
Altenburg.“

Unter den Worten „originell“, „reizend“, „pikant-komisch“ sind die ekelhaftesten Obszönitäten zu verstehen: wie Jedermann weiß, der die einschlägige, im „sittlichen“ Deutschland leider mehr als irgendwo blühende Schandliteratur nur einigermaßen kennt. Daß der „Kladderadatsch“ diesen Schmutz ankündigt, wollen wir ihm nicht besonders verargen — non olet pecunia\*) und aufs „Geschäft“ kommt's ja bloß an —; was uns an der obigen Annonce interessirt und weshalb wir der Sache erwähnen, ist nicht, daß der Schmutz angekündigt, sondern, daß er für die gebildeten Stände angekündigt wird. Proletarier haben keinen Thaler und 10 Groschen wegzuworfen. Aber warum wendet der Verfasser der Annonce sich mit seiner unsäuerlichen Waare nicht schlechterweg an das wohlhabende Publikum, da es ja doch bloß auf die Thaler und Groschen abgesehen ist? Warum ausdrücklich an die „Liebenden (!), Verlobten (!!)" und Neuvermählten gebildeter Stände“!? Es läßt sich hier nur ein Motiv denken: er ist durch die Erfahrung belehrt worden, daß die heutzige „Bildung“ für derartige Gemeinheiten empfänglich macht, anstatt Abscheu davor einzuschleusen, daß sie also verderbt — statt zu läutern. Ihm selbst sicherlich unbewußt, ist deshalb seine Annonce ein Pasquill auf die „Bildung“ unserer „gebildeten Stände“, wie es schärfer, vernichtender nicht gedacht werden kann, und dem „Kladderadatsch“, weit entfernt, eine Moralpredigt zu halten, sollen wir hiermit aufrichtigen Dank, daß er dieser ehrlichen Kritik der Bourgeois-gesellschaft und Bourgeois-Moral seine Spalten geöffnet hat!

Leipzig. Die Verurtheilung Bebel's (siehe dessen Aufruf an seine Wähler) im Majestätsbeleidigungsprozeß durch das Leipziger Schöffengericht wird nicht verfehlen, in den weitesten Kreisen Aufsehen zu erregen; nicht sowohl wegen des „Schuldig“ überhaupt — denn wie kann das monarchistische Volkgefühl zugeben, daß die „von Gott eingesetzte Obrigkeit“ ihr „Wort nicht gehalten“ habe? — auch nicht wegen des beträchtlich hohen Strafmaßes — denn wann hätte man „gefährliche“ Personen gelinder behandelt? — sondern wegen der (vom Gesetz erlaubten) Zugabe des Amterverlustes. Viele werden es bislang wahrscheinlich nicht gemerkt haben, daß der Reichstag durch das neue Strafgesetzbuch jedem Richter das Recht gegeben hat, den Majestätsbeleidiger — dessen niedrigste Strafe zwei Monate sind — sogar des Abgeordnetenmandats verlustig zu erklären, — ein Recht, von dessen Ausübung ein Königsreuer, loyaler Richter schon um deswillen absehen sollte, weil er sonst das Ansehen der „Majestät“ nur noch mehr untergräbt. Denn was wird die Folge der Bebel'schen Verurtheilung sein? Daß Bebel, statt mit 7000, mit 14,000 Stimmen wiedergewählt wird. So wird das Leipziger Schöffengericht einem ganzen Wahlkreise Gelegenheit geben, vor der Geschichte zu bezeugen, daß die 7 Männer sich geirrt haben, indem sie annehmen, daß Könige unter allen Umständen ihr „Wort halten“. — Auf die Details des Prozesses können wir erst eingehen, wenn wir die Urtheilsgründe, die am 10. d. publizirt werden sollen, vor uns haben.

Die humoristische „Hubertusburger Festungszeitung“, deren Nr. 1 schon in Chemnitz erschienen ist — der Ertrag ist für die Inhaftirten bestimmt — wird von Bahlteich herausgegeben — nicht von Carl Hirsch, wie Berliner Blätter irrthümlich melden.

Montag Mittag hat Bebel die Reise nach Hubertusburg angetreten.

Parteigenosse Ufert, aus Wurzen in Sachsen gebürtig, der bereits aus 5 Städten seines sogenannten „Vaterlandes“ verwiesen worden ist und seit mehreren Wochen hier arbeitet, ist vom Erdemokrat, Polizeidirektor Räder, am 6. d. M. auch der Aufenthalt in Leipzig verweigert worden. Ufert hat Beschwerde bei der Kreisdirection erhoben. Wir wollen — ehe wir diesen Vorfall einer Kritik unterziehen — abwarten, ob bei dem Partikularen Herrn v. Burgsdorf die Antipathie gegen die Sozialdemokratie einen so hohen Grad erreicht hat, daß er ihretwegen seinem Stammlande eine Blamage zu bereiten sich nicht scheut, wie sie raffinierter nicht von den annexionsjüchigsten, bourssemanischen Wiedereinnern ausgedacht werden könnte. —

**Vraunshweig.** Der Redakteur des „Vraunshweiger Volksfreund“, Gustav Peyer, ist zur Abfüßung einer vom Chemnitzer Bezirksgericht ihm zuerkannten viermonatlichen Gefängnißhaft am 4. Juni verhaftet und Nachts 1 Uhr nach Chemnitz übergeführt worden. Peyer hatte sich im Jahre 1871 nach dem Erkenntniß des Chemnitzer Bezirksgerichts durch Veröffentlichung verschiedener Artikel in der „Chemnitzer freien Presse“ die Beleidigung der Mitglieder des Königl. sächsischen Armeekorps, sowie verschiedener Privatleute zu Schulden kommen lassen.

**Weimar, 30. Juni.** Gestern reiste ein ehemaliger Soldat des 13. Königl. Bairischen Infanterie-Regiments zu Ingolstadt, Namens Baptist Blankenbühler, hier durch; derselbe berichtete dem hiesigen Schuhmacher Pilz, dessen Sohn zu den während des Feldzugs in Frankreich Verschollenen gehört: Er komme aus Algier, wo er bis jetzt sich in französischer Gefangenschaft befinden habe, daselbst seien noch, und zwar in Maskara, Provinz Oran, circa 1000 gefangene Deutsche Soldaten, größtentheils Baiern; auch

mehrere zum 94. Thüring'schen Infanterie-Regiment gehörige Soldaten seien darunter. Mit dem Sohn des hiesigen Schuhmacher Pilz habe er selbst 7 Wochen lang in einem Lazareth gelegen. Die Leute wären von allem Verkehr abgeschlossen und würden streng bewacht.

**Das Lied vom Krupp.**  
Schlechte Menschen es gar Viele giebt,  
Die das Gute leider nicht verfehen,  
Und den Menschenfreund es tief betrübt,  
Wenn den Crassen Unbarm er muß sehn.

Bittere Thränen mußte ich vergießen  
Ob der Krupp'schen Proclamation;  
Ach! den Edlen muß es schwer verdrießen,  
Wenn der Unbarm ist der Wohlthat Lohn.

Krupp, der Edelste der Menschenfreunde,  
Bierzig Jahre hat er sich gequält,  
Nicht für sich, wie Lähzergern meinten,  
Nur für's Nächstenwohl war er besetzt.

Alles that er nur für seine Leute,  
Die mit seiner Arbeit er ernährt,  
Jene sind fast Millionäre heute,  
Während er der Armuth Speise zehrt.

Doch die Bösen sind ja nie zufrieden,  
Satan, ach! die Menschen leicht betrückt,  
Sozialisten giebt es Viel' hincieden,  
Und wo die sind, da wird auch gestrikt.

Und zum Krupp sie auch mit Streifen kommen,  
Wollen unerschämt noch höhern Lohn,  
Doch das wird bei ihm wohl wenig frommen,  
Denn er macht 'ne Proclamation:

„Ich bin Krupp“, so heißt es in dem Schreiben,  
„Ich bin Krupp, drum sollt ihr mich verstehen,  
Herr in meinem Hause will ich bleiben,  
Wer nur mußt, der kann von dannen gehn.“

„Ich bin Krupp, ich denke für Euch Alle,  
Ich bin Krupp, bin Euer Herr und Gott,  
Ich bin Krupp, wenn's bei mir nicht gefalle,  
Gut, adieu, er mach' sich auf den Trost.“

„Ich bin Krupp, das heißt die Nächstenliebe,  
Ich bin Krupp, ich hab' allein Verstand,  
Ich bin Krupp, ich nur das Gute übe,  
Doch ich dulde keinen Widerstand.“

„Vollverführer wollen Euch beschören,  
Hört sie nicht, hört nur allein auf mich;  
Demokraten wollen Euch aufklären,  
Hört sie nicht, denn nur Verstand hab' ich.“

„Ich allein ein Herz hab' für die Armen,  
Nur gehorsam will ich Euren sehn,  
Wer da widerspricht, nun, ohn' Erbarmen  
Reinethalben mag er betteln gehn.“

„Ich bin Krupp, ich laß mich nicht belehren,  
Ich bin Krupp — zum Lutz, laßt da wer? —  
Wenn's nicht paßt, nun gut, der mag sich scheeren,  
Ich bin Krupp, bin Euer Gott und Herr.“

Als die frommen Krupp'schen dies gelesen,  
Ach! da waren sie gar sehr betrübt,  
Grämten sich, daß sie so frech gewesen  
Zu dem Herrn, der sie so sehr geliebt.

Thaten Buße schnell in Sod und Asche,  
Jeden „Volkstaat“ man sogleich verbrennt,  
Und den letzten Groschen aus der Tasche  
Sammeln sie zu einem Monument. —

Und der Vater Krupp, in Erz gehauen,  
Hoch er über allen Menschen ragt,  
An dem Postamente kann man schauen  
Einen Hund, der einen Knochen nagt.

Sinnbild der vertrauensvollen Treue!  
Jeden Mann es, der es ansieht, rührt,  
Und der ärgste Socialist fühlt Neue,  
Dah er gottlos hat das Volk verführt.

Königsberg. S. Kosofsky.

**Gewerkschaft der Holzarbeiter.**  
(Zur Union gehörig.)

Hamburg, 6. Juli. In Nr. 73 des „Neuen“ vom Freitag den 28. v. M. befindet sich ein Streibericht über Hamburg-Altona, der zu handgreiflich erlogen ist, als daß wir unsere Zeit und den Raum des „Volkstaat“ opfern sollten, um jenen Artikel ernstlich abzusetzen. Jeder, der unser Zirkular erhalten hat, — und das sind alle Orte, von welchen wir Geld erhielten, und noch viele andere, — wird ersehen haben, daß auf dem Zirkular alle Orte angegeben sind, die uns Geld sandten. Der Correspondent des „Neuen“, der, wie er selbst angiebt, ein solches Zirkular in Händen hat, thut, als ob es ihn was angehe, von wo wir Geld erhalten, und fordert im „Neuen“ alle Orte auf, ihm mitzutheilen, wer etwa Geld an uns geschickt habe. Arroganz und Lüge, dies scheinen die beiden Haupttugenden des anonymen Streibers zu sein, der so inam ist, zu schreiben, daß Hr. Somann sich weigerte, ihm von Kiel übersandtes und für Hamburg bestimmtes Geld an das Hamburger Komitee abzuliefern, obwohl er, der bellende Wapp, einen Beleg von dem Abgeber des Geldes, Hr. Maurer Elling, in Händen hat, worin derselbe ausdrücklich schreibt, daß das Geld für Altona bestimmt sei, und für Hamburg später auch noch etwas gesandt werden solle. Nun, wir wollen dem anonymen Streiber zu seiner Verhöhnung mittheilen, daß uns nachträglich noch ein weiterer namhafter Beitrag aus dem lügnertischen Blödsinn der in dem benannten Bericht in jeder Zeile sich dreht macht. Und solche Leute, die, nachdem sie ohne irgend welches Verständniß den Streik in Hamburg begonnen, acht Tage später erst unsere Organisation der Kontrolle u. s. w. nachgraben, die überhaupt unfähiger zur Führung eines Streikes gar nicht gedacht werden konnten, und denen es jetzt nur noch darauf ankommt, sich den Rücken zu decken, — solche Leute wollen uns moralisieren. Es ist wirklich zum Todlachen.

Theodor York.

**An die Kürschner und Mützenmacher Deutschlands.**

Leipzig. Durch den Erfurter Gewerkschaftskongreß ist eine Institution ins Leben gerufen worden, welche auch wir benutzen müssen. Wir meinen die dort gegründete Gewerkschaftsunion. Um aber der Union die Kraft zum Vortreten zu geben, müssen Fachvereine und Gewerkschaften in Masse gegründet werden, und sich an die Union anschließen, um mit vereinten Kräften die Forderung des Arbeiterstandes herbeizuführen. Denn nicht ist ein einzelner Verein in irgend einem Orte im Stande — wie uns die Masse der verunglückten Streikes zu Genüge beweist — gegen die Willkür des Kapitals einen festen, dauernden Widerstand zu leisten. Es müssen alle Fachvereine unter Gewerkschaften und diese wieder unter einer einheitlichen Centralleitung stehen, um die Pflichten der Mitglieder zu erleichtern und die Rechte derselben zu erweitern. Darum, Kollegen allerorts, gründet Fachvereine, wo genügend Mitglieder vorhanden sind, und seht uns sofort in Kenntniß, damit wir in geistigen Verbindung mit Euch treten können. Auch

\*) 315 Geld riecht nicht.



